

wesentlich von der Gestaltung des zukünftigen Fahrplanes ab. Mit der am 26. Mai 1946 erfolgten Zustimmung des Zürcher Volkes zur Elektrifikation ist eine neue Verkehrsphase eingeleitet. Heute ist Bäretswil noch ein Dorf der Stagnation. Das Dorfbild gleicht demjenigen um 1900. Die Welt ist stehengeblieben in Bäretswil. Selten gibt es einen Ort mit einem derart siedlungsleeren Bahnhofgebiet. Seit der Eröffnung der ÜBB im Jahre 1901 hat sich dort ebenso wie im ganzen Ober- und Unterdorf fast nichts geändert. Verträumt liegen die Gärten, die Bauern-, Herren- und Flarzhäuser verborgen in Obsthainen wie einst. Unverändert ist das Bild des Dorfplatzes, mit den großen Gasthäusern und der Dorfschmiede. Einzig das Gebiet der Bahnhofstraße wurde zu einem neuen Wohnquartier. In den letzten fünfzig Jahren vermehrte sich die Häuserzahl nur um siebzehn, und das in einem Dorfe, das nur eine Bahnstunde von Zürich entfernt ist. Geblieben ist das Dorfbild, geblieben aber auch die Wesensart seiner Bewohner. Das Eigenleben der Dorfbevölkerung ist noch genau so ausgeprägt wie zur Zeit, als der Großvater von Bundesrat LUDWIG FORRER aus seiner Bergheimat auswanderte. Vereinsfeste sind immer noch Dorffeste; was sich auswärts abspielt, darum kümmert man sich wenig. Bäretswil hat als Oberländerdorf seine Sonderstellung bewahrt; Bäretswil ist eine Welt für sich.

LE PAYSAGE DE BÄRETSWIL

Le paysage de Bäretswil (canton de Zurich) se présente en vallée encaissée de 700 à 1000 m. de haut, entourée de montagnes molassiques et isolée par des moraines provenant de la 4^e époque glaciaire. Elle est recouverte de gisements diluviaux de différents âges. Peu de brouillard, beaucoup de pluie et de longs hivers froids forment son caractère climatique. Bäretswil est un village de paysans et d'ouvriers; l'importance économique est attachée au commerce de laitage et à l'industrie textile. Les mauvaises conditions de trafic ont causé une frappante stagnation, ce qui s'exprime par une extrême décroissance de la population, de 1000 personnes dans le courant des cent dernières années.

IL PAESAGGIO DI BÄRETSWIL

Ad un'altitudine di 700 a 1000 m., il paesaggio di Bäretswil (cantone di Zurigo) forma una conca valliva coperta da depositi alluvionali di età diversa e chiusa da una morena würmiana. Le sue caratteristiche climatiche sono povertà di nebbia, ricchezza di precipitazioni e lunghi inverni freddi. Bäretswil è un villaggio di contadini e di operai; lo sviluppo economico dipende dalla produzione del latte e dall'industria tessile. La posizione sfavorevole rispetto alle vie di comunicazione ha causato una rimarchevole stagnazione trovante la sua espressione in un regresso estremo di 1000 abitanti durante il secolo scorso.

GRENZFRAGEN SÜDOSTEUROPAS

VON HANS W. HARTMANN

Mit 1 Karte

Es war zu erwarten, daß der zweite Weltkrieg die jüngsten, aber auch die unbeständigsten Grenzen in Südosteuropa von neuem ändern werde. Diese Änderungen sind aber nicht so umfassend, wie man hätte annehmen können, und vor allem erfolgten sie unter Voraussetzungen, die niemand in diesem Maße voraussehen konnte. Nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nicht die ethnischen Grundlagen waren bei der neuen Grenzziehung entscheidend, sondern die reine Machtpolitik und die machtpolitischen Verhältnisse am Ende des Krieges. Atlantikcharta und Satzungen der Vereinigten Nationen scheinen in Südosteuropa nicht zu gelten. Wo nationale Min-

derheiten ihre Stimme erhoben, in der Hoffnung, so erfolgreich zu sein wie nach dem ersten Weltkrieg, da wurden sie zwangsweise ausgesiedelt oder so rechtzeitig zum Verlassen des Landes gezwungen, daß eine Volksabstimmung nicht mehr ein richtiges Bild von der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung vermittelt hätte. In den Denkschriften über die territorialen Veränderungen stehen denn auch nicht ethnische oder wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund, sondern historische, politische und militärische Erwägungen. Grenzfragen lassen sich daher nur im Zusammenhang mit der politischen Situation, dem Wechsel der Machtkonstellationen und der Bündnisse behandeln. Alle südosteuropäischen Grenzfragen sind im Lichte der großen Fragenkomplexe zu betrachten, die das 19. Jahrhundert und die ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts beherrschten, nämlich der orientalischen Frage sowie der Auseinandersetzung Oesterreich-Ungarns und später Deutschlands mit den slawischen Staaten, die im sogenannten Drang nach dem Orient und im Drang nach Osten zum Ausdruck kamen. Immer lag Südosteuropa im Schnittpunkt der Einfluß- und Machtsphäre der Mächte. Es gehört zur Tragik der in Rasse und Sprache so verschiedenen Balkanvölker, daß sie, indem die Mächte auf ihre angebliche feindselige Einstellung zueinander spekulierten, stets als Spielball der Machtinteressen benützt wurden. Wenn die Mächte sich desinteressierten, bekundeten die um ihrer von außen aufgedrängten Politik willen verschrienen südosteuropäischen Völker eine lebhafte Neigung zur Zusammenarbeit und zeigten sich gewillt, ihre Probleme selber zu lösen. Treffende Beispiele bieten die griechisch-türkische Verständigung von 1930 sowie der Versuch der Balkanentente von 1938, mit Bulgarien durch beträchtliche Konzessionen zu einer Einigung zu kommen.

Alle Grenzkonflikte in Südosteuropa sind nationalen Ursprungs; sie wurden von der jeweiligen Mächtekonstellation bestimmt und entschieden. Die nationale Idee war wegleitend bei der Entstehung der südosteuropäischen Staaten nach der Trennung vom Osmanischen Reich und nach dem Zerfall dieses Staates im 19. Jahrhundert.

Dabei war die Erinnerung an die mittelalterlichen Großreiche lebendig, besonders bei den Serben und den Bulgaren; bei den Griechen lebte die Erinnerung an das Altertum fort. Keiner der neuen Staaten erhielt im 19. Jahrhundert die Grenzen, die dem Siedlungsgebiet des betreffenden Volkes entsprachen, und der Kampf ging denn auch stets um die Vergrößerung der eigenen Territorien, zuerst, wie während des Balkankrieges, auf Kosten des Osmanischen Reiches, dann auf die des Nachbarn. Die Mächte schützten bald die Interessen des einen, bald des andern, immer aber auf den eigenen Vorteil und die Vertiefung des eigenen Einflusses bedacht. Das war 1878 auf dem Berliner Kongreß, 1913 nach den Balkankriegen, 1919 während der Friedensverhandlungen in den Pariser Vororten der Fall und gilt auch heute wieder. Wie 1878, so wird auch heute versucht, der Expansion des mächtigen russischen Kolosses nach dem Westen Schranken zu setzen. Denn es ist ja wohl nicht das erstemal, daß Rußland bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung der Grenzen im europäischen Osten und Südosten gewinnt. In allen südosteuropäischen Grenzfragen spricht heute Moskau das entscheidende Wort und nimmt sogar souverän Lösungen voraus, die nachträglich die übrigen Mächte sanktionieren müssen.

Rußland bestimmte die neuen Grenzen Polens, und es ist bekannt, daß die Abmachungen von Potsdam in bezug auf die polnische Westgrenze von Moskau und Warschau als endgültig, von den angelsächsischen Mächten als provisorisch betrachtet werden. Indem aber die westlichen Mächte zum voraus der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung zustimmten, die inzwischen vollzogen wurde, versperrten sie selbst jede Möglichkeit, einen voreiligen Entschluß rückgängig zu machen. Selbst wenn noch einige Änderungen vorgenommen werden sollten, so ist doch kein Zweifel, daß die deutsch-polnische Grenze zu einer starken Belastung für die Beziehungen beider beteiligten Staaten wird und daß dieses Grenzproblem bereits den Keim neuer Konflikte in sich trägt, weil sowohl über die deutsche als auch über die polnische Bevölkerung in einer Art und Weise verfügt wurde, als ob der Mensch nichts, der Machtstaat aber alles zu sagen hätte.

Auch in bezug auf die Grenzen der Tschechoslowakei hat Rußland die seinen Interessen entsprechende Lösung vorweggenommen und Prag bewogen, am

28. Juni 1945 auf Karpatorußland zu verzichten. Dieses hatte früher zu Oesterreich-Ungarn gehört; es schloß sich nach dem ersten Weltkrieg der neuen Tschechoslowakei an, weil es weder bei Ungarn bleiben noch sich Polen anschließen wollte. Die jetzige Situation ist offensichtlich die günstigste, weil Karpatorußland ethnisch zur Ukraine zu zählen ist. Für die russische Stellung auf dem Balkan ist diese Gebietsabtretung aber von außerordentlicher Tragweite, weil die Sowjetunion dadurch in den Besitz von vier Karpatenpässen gelangte und die Grenze bis in die Theißebene vorschieben konnte. Rußland ist dadurch in der Lage, militärisch sofort in die ungarische Tiefebene einzudringen und das nördliche rumänische Siebenbürgen abzuriegeln. Gleichzeitig wird dadurch die Grenze gegenüber Rumänien verlängert, die nun von der oberen Theiß, längs dem Pruth, bis an die Donaumündung verläuft. Den Verlust der Karpato-Ukraine wiegt der Gewinn des Brückenkopfes südlich von Bratislawa selbstverständlich nicht auf. Für die Slowakei bedeutete der Brückenkopf zum Schutz der slowakischen Hauptstadt aber eine längst fällige Forderung. Er verschlechtert die Position Ungarns, da nun die Straße von Wien über Hainburg nach Budapest tschechoslowakischen Boden berührt. Die Annullierung des Wiener Schiedsspruchs brachte die Tschechoslowakei wieder in den Besitz der südlichen Slowakei, des Oberlandes, wie die Ungarn sagen, belastete aber die Beziehungen beider Staaten mit einem Minderheitenkonflikt, der noch seiner Lösung harret.

Wir weisen noch auf die Rolle Rußlands bei der Behandlung der Frage von Triest hin, die von Jugoslawien nur dank der Rückendeckung durch Moskau so energisch verfolgt und von Italien nur infolge der Unterstützung der Westmächte einigermaßen verteidigt werden konnte. Man erkennt auch hier den entscheidenden Einfluß der Sowjetunion auf die Gestaltung der Karte Südosteuropas.

Infolge der Kriegsergebnisse und militärischer Erwägungen hat Rußland sich ebenfalls das ausschlaggebende Mitspracherecht in den ungarischen Angelegenheiten gesichert. Ungarn erhielt wieder die Grenzen von Trianon; der Traum eines Großungarn ist mit dem Sturz des Nationalsozialismus zusammengebrochen. Selbst die Korrekturen in Siebenbürgen wurden abgewiesen, obwohl ihre Ausführung nicht unwesentlich zu einem Ausgleich zwischen Budapest und Bukarest hätte beitragen können. Ungarn bezahlt so den Größenwahn der Freunde der Nationalsozialisten. Man braucht darüber nur die aufschlußreichen Ausführungen des ehemaligen rumänischen Außenministers Gafencu in seinem Buch «Europas letzte Tage» zu lesen, und man wird erkennen, zu welcher Verblendung nationaler Chauvinismus, gepaart mit Expansionsgelüsten, führen kann. Einstweilen hat Ungarn auf den Revisionismus verzichtet; aber es ist kein Zweifel, daß er im Augenblick wieder auftauchen und neue Verwirrung schaffen wird, wenn Ungarn von den fremden Truppen befreit ist.

Realistisch betrachtet, hat sich in diesem Sektor nichts geändert. Der tschechoslowakisch-ungarische Minderheitenkonflikt führte ja bereits wieder zu Szenen, wie sie vor dem Krieg an der Tagesordnung waren. Zwar werden nun Slowaken und Ungarn ausgetauscht, und auch in Siebenbürgen und im Banat wird man zu dieser Radikallösung früher oder später wieder Zuflucht nehmen, um jeder Revisionspropaganda auf Grund der ethnischen Verhältnisse vorzubeugen; doch wird dies den Revisionismus nicht hindern, die Agitation einfach mit historischen und politischen Argumenten zu speisen, und es wird sich früher oder später auch wieder eine Großmacht finden, die Ungarn unterstützt. Wie in der polnischen Westgrenze, so stecken auch in den ungarischen Grenzen die Konfliktstoffe von morgen, wenn es nicht gelingt, die Vereinten Nationen zu einem machtvollen Gebilde auszubauen und die zwischenstaatlichen Konflikte durch Ausgleich und gegenseitige Konzessionen zu lösen. Wie übrigens historische Erwägungen die ethnischen plötzlich an Bedeutung verdrängen, erkennt man auch im Fall Polen. Wie Ungarn seinen Anspruch mit einer tausendjährigen Herrschaft begründet, so argumentieren die Polen in bezug auf Schlesien und Pommern mit den Verhältnissen vor mehreren Jahrhunderten. Zu was die Anerkennung derartiger Argumente führen müßte, braucht man unter Hinweis auf das Schicksal der Schweiz nicht näher zu erörtern.

Rumänien hat im letzten Krieg bedeutende Teile seines Territoriums verloren. Das russische Vorgehen in der Nacht vom 26. auf den 27. Juni 1940 gegen Rumänien

beglich nach russischer Auffassung eine alte Rechnung, weil Rußland den von den übrigen alliierten Mächten sanktionierten Anschluß Bessarabiens vom Jahre 1918 nie anerkannt hatte. Dies war einer der vielen Gründe, warum Rumänien die Schwenkung von den Westmächten zu den Achsenmächten vollzog und an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion eintrat. Von diesem Augenblick an war gewiß, daß die Sowjetunion Bessarabien und die nördliche Bukowina nach der vorübergehenden Wiederbesetzung durch die Rumänen zurückfordern würde.

Es ist der Mäßigung der rumänischen Politik zuzuschreiben (so hat Rumänien weder von Polen noch von der Tschechoslowakei Territorien annektiert, es hat sich auch nicht in eine neue Teilung des Banats eingelassen, und schließlich hat es auf den Anschluß «Transnistriens» verzichtet), daß Rumänien relativ glimpflich behandelt wurde. Dann aber war es vor allem der kühne Entschluß des jugendlichen Königs Michael, in einem Zeitpunkt sich auf die Seite der Russen zu schlagen, als die entscheidende Wendung auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz noch keineswegs erfolgt war. Stalin war darüber so erfreut, daß er Michael die höchste Auszeichnung zuteil werden ließ und sofort erklärte, Rumänien erhalte das in Wien von den Achsenmächten Ungarn zugesprochene nördliche Siebenbürgen wieder zurück. Ueber Bessarabien und die nördliche Bukowina ließ Stalin freilich nicht mehr diskutieren, und die Friedenskonferenz hat diesen Entscheid vorbehaltlos anerkannt. Auch hier wurde keine Rücksicht auf ethnische Verhältnisse genommen. Eine Belastung künftiger Beziehungen bedeutet Bessarabien wohl kaum, da sich Rumänien offenbar mit dem Verlust abgefunden hat. Dagegen kämpft es um die Freiheit der Donaumündung, da sonst seine Unabhängigkeit arg geschmälert bliebe.

Rumänien hat noch einen andern Verlust hinnehmen müssen. Das unter den Achsenmächten zustande gekommene Abkommen von Craiova von 1940, das die Abtretung der südlichen Dobrudscha an Bulgarien erzwang, bleibt nämlich bestehen. Die Frage, ob Rumänien die südliche Dobrudscha nicht schon in einem früheren Zeitpunkt freiwillig den Bulgaren hätte überlassen sollen, soll hier nicht untersucht werden; doch darf der Hinweis nicht fehlen, daß ein derartiger Entschluß Bulgarien gegenüber den Balkanländern hätte friedlicher stimmen können. Wenn Rumänien auf der Friedenskonferenz keine Opposition machte, sondern die Abmachung von Craiova bestätigte, so ist dies auf den bulgarischen Charakter dieser Provinz zurückzuführen. Die ethnische Struktur war so klar, daß sich niemand der berechtigten bulgarischen Forderung entziehen konnte. Die Begründung, Bulgarien gehöre als unterlegener Staat keine territoriale Prämie, gilt hier nicht, weil ja auch Rumänien auf der Seite der Achsenmächte kämpfte. Aber auch in dieser Grenzfrage war wiederum die russische Unterstützung entscheidend.

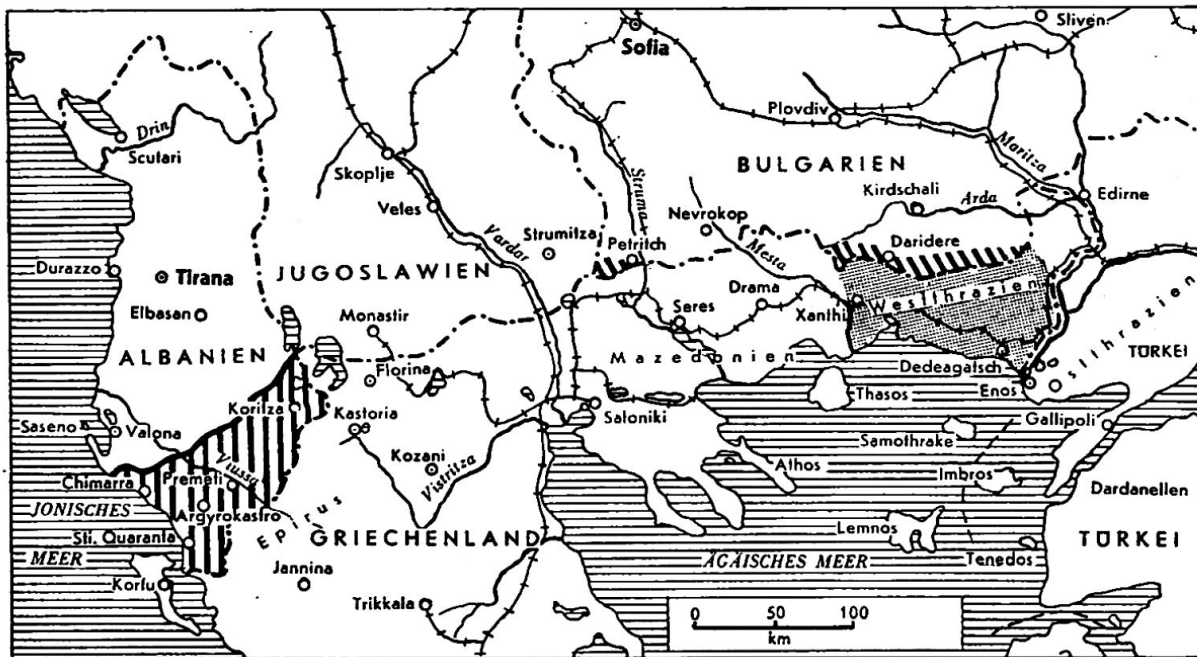
So ist aus Großrumänien ein kleineres Rumänien geworden, das zudem mit schweren Hypotheken belastet ist. Es hat die Herrschaft über die Donaumündung verloren, und es sieht seine Küste am Schwarzen Meer um die Hälfte verringert¹.

Wenn Moskau Ungarn besonders wegen seines langen Widerstandes hart bestrafte, so zeigte es sich um so nachsichtiger gegenüber Bulgarien, das immer der Schützling Rußlands war. Das Regime Dimitroff entspricht durchaus den Vorstellungen Moskaus, so daß dieses keinen Grund hat, Bulgarien gegenüber wegen seiner früheren Achsenfreundlichkeit zu grollen. Bulgarien hatte ja nie den Krieg an Rußland erklärt, und nur im letzten Augenblick proklamierten die Russen den Kriegszustand, um den Anschluß an die Friedensverhandlungen nicht zu verpassen. Es ist aber offensichtlich, daß Moskau mit seiner Politik nicht den Bulgaren gefällig sein will, sondern die bis an die Donaumündung behaupteten und ausgebauten Positionen an das Aegäische Meer auszudehnen bestrebt ist. Doch bevor wir auf diese Frage näher eintreten, gilt es, einen Blick auf die griechischen Grenzprobleme zu werfen.

Griechenland ist gewissermaßen organisch gewachsen. Der Versuch, die großgriechische Idee zu verwirklichen, scheiterte aber, da die Armeen Kemal Paschas die von Smyrna nach Anatolien vordringenden Griechen entscheidend schlugen und Griechenland im Friedensvertrag von Lausanne im Jahre 1923 sich mit der noch heute gültigen Grenzziehung abfinden mußte. Einige Grenzprobleme blieben seit den Balkan-

¹ Wie bedeutend rein zahlenmäßig die territorialen Verluste sind, zeigen folgende Zahlen: Von der Sowjetunion wurden annektiert: 1. Bessarabien, 44 422 km², mit 2 864 402 Einwohnern; 2. Nordbukowina, 6340 km², mit 545 267 Einwohnern; von Bulgarien die Süddobrudscha mit 6921 km² und 362 874 Einwohnern (1930); total verlor somit Rumänien 57 683 km² mit 4 285 000 Einwohnern (1946), d. h. 19,6 % der Fläche und 21,4 % der Bevölkerung.

Skizze der strittigen Grenzen in Südosteuropa



Griechische Forderungen: ||||| Nördlicher Epirus ||||| Grenzberichtigungen
 Von Bulgarien beansprucht: ▦▦▦▦ Griechisch-Westthrazien

kriegen aber ungelöst, so z. B. der nördliche Epirus (Südalbanien), der Dodekanes und Cypern. Von bulgarischer Seite wurde Griechenland Westthrazien streitig gemacht.

Von allen diesen Grenzfragen ist bis jetzt nur der Dodekanes zugunsten der Griechen geregelt worden. Allerdings machte auch Rußland hier zuerst Opposition, indem es ursprünglich seine Blicke bis nach der Cyrenaica richtete, dann Stützpunkte auf dem Dodekanes verlangte und sich schließlich mit dem Anspruch auf Stützpunkte in den Meerengen und dem Verlangen auf eine Aenderung des Meerengenabkommens begnügte. Der Rückzug, der Moskau dafür andere Konzessionen einbrachte, ermöglichte die Abtretung des Dodekanes an Griechenland, an dem nie jemand gezweifelt hatte. Griechenland mußte sich nur verpflichten, die Inseln nicht zu befestigen.

Ethnisch war die Situation klar, da die Bevölkerung fast ausschließlich griechisch ist. Wirtschaftlich bringt der Zuwachs dem Mutterland keinen Gewinn, sondern eher größere Lasten. Die Frage Cyperns, das ebenfalls mehrheitlich von Griechen besiedelt wird, bleibt noch offen und wird in zweiseitigen Verhandlungen vielleicht einmal zugunsten der Griechen entschieden. Heute freilich kann Großbritannien angesichts seiner ohnehin geschwächten Position im Nahen Osten nicht ohne weiteres auf diesen wertvollen Stützpunkt verzichten, den es im Krieg erfolgreich behaupten konnte.

Unbefriedigend für Griechenland bleiben die Verhältnisse an der Nordgrenze. Hier entlädt sich auf den Griechen der Konkurrenzkampf der Mächte, hier sind die Schnittpunkte der Interessensphären. Sie sind so scharf gezogen, daß Griechenland selbst mit dem früher befreundeten Jugoslawien in Konflikt geriet. Und als es erwartete, daß ihm als dem treuesten Verbündeten der Alliierten, das unsäglich unter dem Krieg, der Besetzung und der Hungersnot litt, Anerkennung gezollt würde, geschah es nur in Worten, und es sah sich um seine Früchte betrogen. Zum drittenmal betrogen, weil es nämlich schon dreimal in den Besitz des nördlichen Epirus geriet, ohne ihn behaupten zu können. Immer wieder entschied sich eine Mächtegruppe dagegen und zwang Griechenland den Verzicht auf.

Auf Grund historischer, völkerrechtlicher, bevölkerungspolitischer und militärischer Erwägungen hat die griechische Regierung — hinter der in dieser Frage alle Parteien und das gesamte Volk stehen — offiziell Anspruch auf die Angliederung des nördlichen Epirus an Griechenland erhoben. Es handelt sich um einen ungefähr 3500 km² großen, 25 bis 30 km tiefen, parallel zu der 250 km langen griechisch-albanischen Grenze verlaufenden Gebietsstreifen, der u. a. die südalbanischen Distrikte Argyrokastró, Delvino, Chimarra, Tepeleni, Premeti sowie die mazedonische Gegend von Koritsa umfaßt und ungefähr 200 000 Einwohner zählt. Es ist das Gebiet, das Griechenland im ersten Balkankrieg eroberte, auf Verlangen der alliierten Mächte im Oktober 1914 wieder besetzte, und das es 1940/41, als Italien von Albanien aus zum Angriff überging, trotz der italienischen Uebermacht zum drittenmal eroberte. Der historische und völkerrechtliche Anspruch auf das vorwiegend von Griechen besiedelte Gebiet ist in einer Reihe von Verträgen, Abkommen und Erklärungen anerkannt worden. Dazu gehören u. a. die Einladung der Alliierten im Oktober 1914, Nordepirus zu besetzen, der Vertrag von London vom 26. April 1915 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußland einerseits und Italien andererseits, das Abkommen Tittoni-Venizelos vom 29. Juli 1919, der britisch-französische Bericht an den Obersten Rat der Friedenskonferenz vom 1. März 1919, die Resolution des Obersten Rates vom 13. Januar 1920, die Note der Friedenskonferenz an den Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat vom 14. Januar 1920, die Noten des Präsidenten Wilson vom 10. und 25. Februar 1920, die einstimmig angenommene Resolution des amerikanischen Senats vom 17. Mai 1920 und schließlich die Botschaft des Präsidenten Harding vom 24. Oktober 1920, worin er unter Berufung auf den Senatsbeschluß erklärte, daß der Dodekanes und der Nordepirus sowie die Gegend von Koritsa griechisch seien und mit Griechenland vereinigt werden sollten.

Neben diesen Vereinbarungen und Versprechungen, die nie oder nur vorübergehend eingehalten wurden, hat Griechenland auch andere Gründe zur Annexion des nördlichen Epirus vorzubringen. Die Griechen des Mutterlandes fühlen sich mit der in Südalbanien lebenden griechischen Bevölkerung eng verbunden. Da jener Grenzstreifen arm ist, suchten die Epiroten oft in der benachbarten Heimat Arbeit. Sie fanden in der Verwaltung, in der Armee oder in freien Berufen Unterkunft. Viele brachten es in Ägypten oder in den Vereinigten Staaten zu Wohlstand. Es gibt in Athen keine höheren Schulen und keine wissenschaftlichen Institutionen, die nicht durch Stiftungen der Epiroten entstanden wären. Der Epirote Arsakis ist der Begründer der nach ihm benannten höheren Töchterschulen in Athen, Konstantinopel, Larissa und Janina; Zappas stiftete das nach ihm benannte Ausstellungsgebäude und den Park in Athen; Zographos, dessen Sohn 1914 den Aufstand im Nordepirus leitete und griechischer Außenminister war, ließ ein Spital in Konstantinopel bauen. Pangas und Anagnos stellten Millionen für die griechischen Schulen zur Verfügung. Umgekehrt mußte sich das Mutterland fortwährend um die nordepirotische Bevölkerung sorgen, und oft genug hatte der Völkerbund sich mit den Klagen der Griechen in Albanien zu beschäftigen. Im letzten Krieg kämpften die Epiroten gegen Italiener und Albaner, und auch in den Kämpfen der Besetzungszeit spielten sie eine wichtige Rolle. Heute ist ihre engere Heimat fast vollständig zerstört, viele sind als Geiseln hingerichtet worden, andere wurden deportiert oder zur Flucht nach Griechenland gezwungen. Das albanische Regime Hodschas ist den Griechen ausgesprochen feindlich gesinnt.

Wirtschaftlich gesehen, würde die Annexion des nördlichen Epirus für Griechenland kaum einen nennenswerten Gewinn bedeuten; wohl aber würden dadurch wirtschaftlich und verkehrstechnisch geschlossenere und einheitlichere Gebiete geschaffen. Janina und Argyrokastró hätten auf der einen Seite einen gemeinsamen Hafen in Santi Quaranta, Koritsa erhielte auf der andern Seite eine direkte Verbindung mit Westmazedonien und Saloniki. Mazedonien und Thessalien standen bis 1940, als der Metsovo-paß eröffnet wurde, nie direkt mit dem Epirus in Verbindung; es mußte der Seeweg über Korinth benutzt werden. Erst die Verlegung der Grenze würde den freien Verkehr dieser Provinzen ermöglichen.

Direkte Verkehrswege sind aber auch in der Landesverteidigung notwendig. Griechenland hat bewiesen, daß es fähig ist, selbst einem zahlenmäßig überlegenen Gegner Widerstand zu leisten. Es möchte daher ein für allemal das nordwestliche Grenzgebiet sichern, damit die klassischen Zugänge zum Epirus und die Einfallstore nach Mazedonien und Thessalien nicht wieder von einer fremden Macht als Aufmarsch- und Angriffsbasis benutzt werden können. Militärische Erwägungen bestimmen überdies das griechische Begehren auf Abtretung der dem Golf von Valona vorgelagerten Insel Saseno, die Italien seit 1914 besetzt hielt und die einen Bestandteil der 1864 von Großbritannien an Griechenland abgetretenen Ionischen Inseln bildete.

So kann Griechenland historische, bevölkerungspolitische, wirtschaftliche, militärische und nicht zuletzt moralische Ansprüche auf den nördlichen Epirus erheben. Wenn bis heute trotzdem die Annexion völkerrechtlich nicht sanktioniert worden ist, so waren daran nicht die Griechen schuld, sondern die jeweiligen auf dem Balkan meist interessierten Mächte, die in dem 1912 geschaffenen und von ihnen unterstützten albanischen Staat ein nützliches Sprungbrett für die Expansion in Südosteuropa besaßen.

Albanien legte für das alte Oesterreich-Ungarn die Straße von Otranto frei und erlaubte Wien, Serbien ständig Schach zu bieten; das faschistische Italien sah in Albanien einen unentbehrlichen Bundesgenossen für die Beherrschung des Balkans und die Oeffnung des Weges nach Saloniki. Es gelang diesen Mächten immer wieder, in geschickter Ausnutzung der politischen Konstellationen, die euro-

päischen Kabinette an der endgültigen Loslösung des nördlichen Epirus von Albanien zu hindern. Heute kommt Griechenland wieder nicht zum Ziele, da nach der Eliminierung Italiens aus Südosteuropa sich bereits eine neue Großmacht in Albanien festgesetzt hat und die ebenfalls die griechischen Expansionstendenzen bekämpft: die Sowjetunion. Wohl ist die Sowjetunion nur indirekt an Albanien interessiert; aber der Kurs des Regimes Hodscha ist deutlich nach Moskau orientiert. Auch über die enge Verbindung Hodschas mit Tito besteht kein Zweifel mehr, besonders nachdem im letzten Dezember zwischen Jugoslawien und Albanien eine Zollunion abgeschlossen worden ist. Griechenland sieht sich daher im Norden einer geschlossenen Front Moskau—Belgrad—Tirana gegenüber, deren Widerstand bewirkte, daß die Frage des nördlichen Epirus noch weiter offenbleibt.

Dagegen ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Bulgarien, trotz den griechischen Vorbehalten, der Entscheid über die griechisch-bulgarische Grenze gefallen. Hier standen und stehen sich noch immer zwei Forderungen gegenüber. Die Bulgaren sind überzeugt, daß Westthrazien ihnen gehören müsse. Für diese Idee sind sie, natürlich neben anderen Gründen, zweimal an der Seite jener Mächte in den Krieg getreten, die ihnen bei einem allfälligen Sieg die Rückgabe Westthraziens garantierten. Die Idee stützte sich auf Erinnerungen an das mittelalterliche Großbulgarische Reich, vor allem aber auf den ephemeren Vertrag von San Stefano, der nach dem Russisch-Türkischen Krieg unter russischer Herrschaft einen großbulgarischen Staat schaffen wollte — den die Nationalsozialisten von 1941 bis 1944 wieder auffrischten und der in veränderter Form heute Moskau von Vorteil erscheinen mag. Der Berliner Kongreß reduzierte aber dann 1878 trotz dem Unwillen der Russen dieses Gebilde ganz beträchtlich, und erst nach dem zweiten Balkankrieg erhielt Bulgarien durch den Vertrag von Bukarest (1913) Westthrazien zugesprochen. Da aber Bulgarien im ersten Weltkrieg auf der Seite der Mittelmächte stand, mußte es im Vertrag von Neuilly (1919) Westthrazien an die Alliierten abtreten, nämlich das 6246 km² umfassende Gebiet zwischen Enos und Xanthi, 2212 km² westlich von Edirne (Adrianopel) und 253 km² vom alten Bezirk Paschmakli am Oberlauf der Arda. Im Vertrag von Neuilly sicherten zwar die Alliierten Bulgarien die Freiheit des wirtschaftlichen Zuganges zu, unter dem die Bulgaren stets eine territoriale Verbindung zum Ägäischen Meer verstanden, doch ist es nie dazu gekommen, weil die Alliierten mit der schon im Vertrag von Sèvres (1920) und später in Lausanne (1923) vorgesehenen und bestätigten Abtretung Westthraziens an Griechenland die Angelegenheit nie weiter verfolgten, sondern der direkten Auseinandersetzung zwischen Athen und Sofia überließen.

Seither sind über Westthrazien auf beiden Seiten Tausende von Tonnen Papier geschrieben und gedruckt worden, und jede Partei machte mit einer Fülle von Argumenten ihre Rechte auf die umstrittene Provinz geltend. Bulgarien versuchte in seiner Propaganda den Nachweis zu erbringen, daß die Bevölkerungsstruktur Westthraziens, wie sie vor dem ersten Weltkrieg bestand, zu seinen Gunsten spreche; nach der Aufteilung des türkischen Besitzes in Südosteuropa sei die Provinz zuerst Bulgarien zugeteilt worden, und außerdem müsse es einen territorialen Ausgang zum Ägäischen Meer besitzen. Demgegenüber kann Griechenland auf den freiwilligen Bevölkerungsaustausch nach dem ersten Weltkrieg hinweisen, der die ethnologischen Verhältnisse eindeutig geklärt hat, sowie auf den Waffenstillstand von 1944, der die Bulgaren, die sich inzwischen auf Kosten der griechischen Bevölkerung in Westthrazien festgesetzt hatten, wieder zum Abzug zwang. Und was den Zugang zum Meer betrifft, so ist Griechenland nach wie vor der Meinung, daß sich sehr wohl ohne territoriale Veränderungen eine Lösung finden ließe, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen Bulgariens entsprechen würde. Einstweilen ist aber nicht an derartige zweiseitige Verhandlungen zu denken, weil an der griechisch-bulgarischen Grenze auch andere Mächte interessiert sind und sich überdies die griechische und die bulgarische Auffassung unversöhnlicher als je gegenüberstehen. Im Friedensvertrag wurde denn auch die bisherige Grenze nicht verändert, und der griechische Anspruch auf Grenzkorrekturen ist ebenfalls nicht berücksichtigt worden. Griechenland machte dafür folgende Argumente geltend: Von der 1181 km langen Grenze vom Kap Phtelia gegenüber Korfu bis zur Mündung der Maritza östlich von Dedeagatsch entfallen 486 km auf die griechisch-bulgarische Grenze. Gerade dieses Grenzstück bildet den schwächsten Punkt im griechischen Verteidigungssystem. In der westlichen Dreiländerecke befinden sich einige Gebirgszüge, die gegen das griechische Gebiet steil abfallen und daher, da ihre Höhen die Grenze bilden, für die Verteidigung unbrauchbar sind, wie die Kämpfe vom April 1941 gezeigt haben. Weiter östlich, d. h. südlich von Nevrokop, verläuft die Grenze wiederum so, daß sie den Bulgaren, die Griechenland seit 1913 schon dreimal, direkt oder indirekt, angegriffen haben, als Ausfallstor gegen Serres oder Drama dienen kann. Das Gebiet von Westthrazien (Xanthi, Komotini, Dedeagatsch) ist zwischen dem Meer und der Grenze auf den Höhen der südöstlichen Rhodopen an der engsten Stelle nur 25 km tief, und die Eisenbahnlinie Saloniki—Istanbul ist streckenweise nur 12 km von der Grenze entfernt. Griechenland verlange daher «strategische Grenzen», d. h. eine Verschiebung der Grenzpfähle nach Norden überall dort, wo sie einem Gebirgskamm folgen, der von der griechischen Seite schwer zugänglich ist, oder wo die Höhen ganz auf bulgarischem Territorium liegen. Obwohl die Griechen zuletzt ihre Ansprüche auf insgesamt 655 km², auf drei Stellen verteilt, zurückschraubten, wurde ihrem Begehren nicht entsprochen. Von der Notwendigkeit einer moralischen Genugtuung war überhaupt nicht die Rede.

Aus allen Beratungen über die nordgriechische Grenze geht hervor, daß nicht so sehr ein Gegensatz zwischen Griechenland und seinen nördlichen Nachbarn, der sich noch um das mazedonische Problem erweitert hat, vorliegt, sondern zwischen

Griechenland—Westmächte auf der einen und slawische Balkanstaaten—Sowjetunion auf der andern Seite. Die Kriegsschuld der einzelnen Staaten spielt bei der Zuteilung der Territorien und der Gestaltung der Grenzen keine Rolle, so wenig wie die Kriegsbeteiligung auf der Seite der Alliierten Nutzen bringt. Bulgarien unterlag; es durfte die Dobrudscha erhalten. Griechenland siegte; man macht ihm selbst von Griechen besiedelte Gebiete streitig. Rumänien wird belohnt für die Haltung Michaels, bezahlt aber um so teurer die Achsenpolitik. Albanien wird unterstützt, obwohl an seiner Kriegsschuld gegenüber Griechenland kein Zweifel möglich ist.

Im ganzen haben sich die Grenzen nicht so fundamental geändert wie 1919. Es herrscht eine auffällige Tendenz, am status quo festzuhalten, und wo noch Fragen offenbleiben, wird wohl kaum im Sinne der Antragsteller entschieden werden. Entscheidend ist aber immer nicht das Interesse des Staates, den die Grenzziehung angeht, sondern das Interesse der Mächte. Eine befriedigende Grenzziehung in Südosteuropa wird freilich nie möglich sein. Selbst wenn man zum radikalen Mittel des Bevölkerungsaustausches schreitet, bleiben historische, politische und militärische Faktoren bestehen. Die Gefahr für die Zukunft liegt darin, daß die Machtpolitik entscheidet, und daß zum Teil, wie in Ungarn und Bulgarien, die Lage von 1920 wiederhergestellt wurde. Ungarn und Bulgarien werden früher oder später wieder ins revisionistische Lager einschwenken, Griechenland bleibt dauernd verstimmt, und Rumänien wird sich zum Kampf um die Freiheit der Donaumündung rüsten. Und wie immer in der Balkangeschichte, werden die Gegensätze der Mächte wieder auf dem Rücken der Balkanstaaten ausgetragen, worunter Griechenland heute am empfindlichsten zu leiden hat. Nachdem die Friedensverträge mit Italien, Bulgarien und Rumänien unterzeichnet sind, beginnt eine neue Epoche in der Geschichte Südosteuropas. Sie ist gekennzeichnet durch die Vorherrschaft der Sowjetunion in Südosteuropa und der verstärkten und weiter dauernden Bindung Griechenlands an die Mächte, die das Mittelmeer beherrschen.

QUELLEN

Roumania at the Peace Conference, Paris 1946 (mit einem später erschienenen und mit Karten versehenen Nachtrag, verfaßt unter der Leitung von GRIGORE GAFENCU).

La Bulgarie et les Questions de la Paix, Paris 1946. (Offizielles, mit Karten versehenes Memorandum der bulgarischen Regierung.)

Memoranda du Gouvernement Hellénique sur l'Albanie et l'Epire du Nord. (Communiqué an den Rat der Außenminister in London im April 1946); Memorandum du Gouvernement Hellénique sur la frontière gréco-bulgare. (Communiqué an den Rat der Außenminister in Paris im Mai 1946); Exposé du Gouvernement Hellénique sur la question des frontières gréco-bulgare et gréco-albanaise. (Communiqué an den Rat der Außenminister in Paris im Juli 1946); Discours de M. CONSTANTIN TSALDARIS prononcés devant la conférence plénière de la Conférence de Paris, août 1946.

Memorandum des Albanais présenté le 28 juillet 1946 à la Conférence de la Paix. (Verfaßt von einer Gruppe dem Regime Hodscha feindlich gesinnter, aber nationalistisch eingestellter und im Exil lebender Albaner.)

PROBLÈMES DES FRONTIÈRES EN EUROPE SUDORIENTALE

L'auteur montre que les changements des frontières politiques en Europe sudorientale après la deuxième guerre mondiale ont été décidé moins selon des principes ethniques et historiques que selon des points de vue impériaux. Ainsi reste-t-il un grand nombre de problèmes de frontière insoluble, qui chargent les relations internationales pour l'avenir.

PROBLEMI DELLE FRONTIERE NELL'EUROPA SUD-ORIENTALE

L'autore mostra come la nuova rettificazione delle frontiere nell'est e sudest dell'Europa, dopo la seconda guerra mondiale, non sia avvenuta tanto in base a considerazioni etniche e storiche, quanto secondo un punto di vista imperialistico. Numerosi problemi rimasero in questo modo irrisolti e queste deficienze peseranno sull'avvenire delle relazioni internazionali nella regione sopraddetta.